

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: "Landmanns Sonntagsblatt" und "Alufriertes Unterhaltungsblatt". — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsänderung Streich ohne Entschädigung auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenbreite 13 Pfg., die Spaltenhöhe 40 Pfg., Ausdrucksgebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Werbung ab und für die Besondere oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagenpreis: 10.— M., das Laubend, ausgleichlich Postgebühr. / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg,

das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 105

Dienstag, den 9. September 1930

32. Jahrg.

Sonntag, den 14. September, von 8 bis 17 Uhr finden im Bürgeraal die

Reichstagswahlen

statt. Dem Wahlvorstande gehören an: Bürgermeister Dieze als Vorsitzender, Beigeordneter Rolde als Stellv. Vorsitzender, Lagerhalter Nischke als Schriftführer, Lehrer Kubwig, Landwirt Bruno Heßler, Arbeiter Wilhelm Danneke, Landwirt Berg, Arbeiter Gander, Tischlermeister Ludvig, Metzger Glöbe, Rektor Höpfer als Beisitzer, Kaufmann Deym, Konrater Rade, Maschinenist Ebele, Bauunternehmer Knat, Maurer Karl Heinicke

Die Stimmzettel werden amtlich hergestellt. Jeder Wähler bekommt im Wahlraum einen Wahlumschlag und einen Stimmzettel. Auf dem Stimmzettel sind sämtliche im Wahlkreise zugelassenen Wahlvorschläge aufgeführt. Neben jedem Wahlvorschläge ist ein Preis aufgeführt. Der Wähler kennzeichnet innerhalb des Kreises durch Abkreuzen oder in sonst erkennbarer Weise den Wahlvorschlag, dem er seine Stimme gibt. Die Wahl wird in den Wahlzellen durchgeführt.

Am Vorende dieser Woche werden allen Wählern Wahlumschläge ausgegeben. Sie sind zur Wahl mitzubringen und beim Wahlvorstand abzugeben.

Wer am 14. September ortsbekannt ist, kann sich bis zum 13. September (mittags) einen Stimmzettel ausstellen lassen, der ihn zur Reichstagswahl in einem auswärtigen Stimmbezirk berechtigt.

Kemberg, den 8. September 1930.
Der Wahlvorsteher.
Dieze, Bürgermeister.

Steuern.

Vom Dienstag, den 16. September sind die Staatsgrundvermögenssteuern für den bebauten Grundbesitz, der staatliche Zuschlag hierzu, die Stadtsteuern und die Hauszinssteuern für den Monat September an unsere Kassenkasse zu zahlen. Für alle später eingehenden Beträge müssen 10 vom Hundert Verzugszinsen erhoben werden.

Kemberg, den 4. September 1930.
Der Magistrat.

Die Nachreichung der Maße und Gewichte

beginnt am 8. September im Lokale von Zmer (Wittenberger Straße 34).

Eingelaufenforderungen folgen.
Kemberg, den 6. September 1930.

Die Polizeiverwaltung.

Herrenfahrrad gefunden

Am 1. September ist in der Reudener Straße ein Herrenfahrrad gefunden worden.

Kemberg, den 6. September 1930.
Die Polizeiverwaltung.

Mageres Ergebnis.

Die deutsch-russischen Schlichtungsverhandlungen. Die Schwierigkeiten, die sich bei der Durchführung der deutsch-russischen Handelsverträge ergeben haben, haben zu einem Schlichtungsabkommen geführt, in dem es heißt: „Die Schlichtungskommission hat die Aufgabe, den beiden Regierungen eine gerechte und für beide Teile befriedigende Lösung der ihr vorgelegten Fragen vorzuschlagen, insbesondere um etwaigen künftigen Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Teilen in denselben Fragen vorzubeugen.“ Am 3. dieses Jahres ist die Schlichtungskommission in Moskau zusammengetreten. Die deutschen Mitglieder wurden von Herrn von Raumer geführt.

Das Ergebnis der Verhandlungen liegt jetzt den Regierungen vor, die auch über die Veröffentlichung beschließen werden. Man ist bei der Beurteilung dieser Verhandlungen auf die amtlichen Communiqués und

versprechende Pressemitteilungen angewiesen. Nimmt man alles zusammen, so ergibt sich ein wenig befriedigendes Urteil. In den großen wirtschaftlichen Fragen ist keine Einigung erzielt worden. Das amtliche Communiqué stellt nur fest, daß der Boden für eine Lösung der wirtschaftlichen Probleme im Rahmen späterer Verhandlungen vorbereitet wurde. Man kann sich nach dieser Andeutung ungefähr ein Bild davon machen, mit welcher Energie in Moskau um diese Dinge gekämpft worden ist und wie wenig aussichtsreich künftige Verhandlungen sind.

Die deutsche Delegation hat nicht etwa um grundsätzliche Fragen, sondern nur um die Beseitigung geschäftlicher Methoden gekämpft, die unfair sind und die unerlässliche Vertrauensgrundlage des internationalen Geschäftes erschüttern. Der „Deutsche Außenhandel“ schreibt hierzu: Die deutsche Regierung, auf deren Initiative die Aufnahme dieser ersten Schlichtungsverhandlungen zurückgeht, hat sich stets bemüht, dem Grundsatz treu zu bleiben, daß Schlichtungsverhandlungen sich nur dann lohnen, wenn grundsätzliche Fragen zu klären sind. Dabei darf nicht übersehen werden, wie schwierig es ist, aus der Fülle des Besprechermaterials das herauszugreifen, was zwischen den beiden Regierungen behandelt und nicht eine unmittelbare Regelung zwischen den Interessenten überlassen bleiben soll.

Es ist tief bedauerlich — und kein Einseitiger wird insbesonders der deutschen Wirtschaft die Enttäuschung darüber verdenken —, daß in den wesentlichen wirtschaftlichen Fragen eine Einigung nicht zustande kam. Wenn in Fragen der Niederlassung von Staatsangehörigen des einen Vertragspartners auf dem Gebiete des anderen gewisse Erleichterungen angebahnt wurden, so ist das gewiß erfreulich und wird dem Ausbau freundschaftlicher Beziehungen förderlich sein. Für den praktischen Wirtschaftler sind diese Erfolge auf dem Gebiete der Niederlassungsrecht nicht maßgebend, wenn er auch zum Teil praktisches Interesse daran nehmen sollte. Der Abfall deutscher Erzeugnisse nach Rußland wird durch diese Zugeständnisse kaum gefördert.

Auch bezüglich der russischen Geschäftsmethoden auf dem deutschen Markt, über die von den aus dem freien Handel ausgeschalteten deutschen Firmen lebhaftes Klagen laut geworden sind, hat man sich nicht verständigen können, ebenso wenig über die neuerdings stark hervortretende russische Dumpingausfuhr. Noch während in Moskau verhandelt wurde, sind wiederum verschiedene Waren nach Deutschland ausgeführt worden, deren Preise erheblich unter den deutschen Preisen lagen. Da der Zwang zur Ausfuhr für Rußland immer stärker wird, so ist mit einer Ausdehnung der Dumpingausfuhr zu rechnen, falls ihr kein Riegel vorgezogen wird.

Nach wie vor sind deutsche Industriefirmen von unüberwindlicher Leistungsfähigkeit nicht davon sicher, daß ihre Angebote unberücksichtigt bleiben, wenn die amerikanische und englische Konkurrenz, ohne günstigere Bedingungen zu gewähren, sich um den betreffenden Sowjetauftrag bemüht. Die Zahl dieser und ähnlicher Klagen ist Legion. Bei Abschluß des Vertragswerkes vom Jahre 1925 waren sie noch nicht laut geworden und konnten sich auf die Fassung der Verträge daher noch nicht auswirken. Sie haben aber die Entwertung der wirtschaftlichen Beziehungen in den letzten Jahren und Monaten beschleunigt und es scheint so, als wenn es nicht gelungen ist, ihre Wurzel in den Schlichtungsverhandlungen zu beseitigen.

Zu begrüßen ist, daß wenigstens in bezug auf die deutschen Kolonialinteressen und die in Rußland anhängigen bzw. tätigen Reichsbürgern gewisse Zugeständnisse erzielt worden sind, denn die Sorge um die Erhaltung des Deutschen in Sowjetrußland gehört zu den vornehmsten Aufgaben der deutschen Außenpolitik. Allerdings ist zu bezweifeln, ob diese wichtige Frage zweckmäßigerweise vor der Schlichtungskommission behandelt worden ist, da die jetzigen unzulänglichen Zugeständnisse geeignet sind, eine grundlegende Besserung zu erschweren. Die Zugeständnisse sollen sich im wesentlichen auf eine bessere Behandlung der deutschen Geschäfte in den Kollektivierungsgebieten beschränken. Alles in allem ist demnach das Ergebnis der Moskauer Besprechungen nichts weniger als befriedigend.

Vielleicht wäre es besser gewesen, wenn die Verhandlungen überhaupt unterbleiben wären. Die gegenwärtige Währungs- in der gesamten Welt, die auch auf die deutsche Industrie übergriffen hat, wird zwar beigegeben, diesen Beschwerden eine besondere Nachhaltigkeit und Dringlichkeit zu verleihen. Wir müssen nicht, wie lange diese Währungs-, die den Sowjetmarkt selbstverständlich noch weitaus mehr als früher, andauern wird. Ihr Ausgang läßt sich in keiner Weise voraussagen.

Die Bedeutung des 14. September.

Reichskanzler Dr. Brüning's Erwartungen.

Berlin, 6. September.

Reichskanzler Dr. Brüning nahm in einer Unterredung mit einem Pressevertreter auf eine Reihe mit dem Wahlkampf zusammenhängender Fragen Stellung. Er sieht mit einiger Zuversicht dem 14. September entgegen, da er der Überzeugung ist, daß ein Volk, das zwölf Jahre bitterste Not ertragen und nicht verzweifelt hat, an dem Tage nicht versagen werde, an dem es herufen ist, seine Zukunft zu sichern. Voraussetzung sei, daß alle ihre Kräfte tun.

Es dürften nicht Millionen Deutscher befehle sehen und der Wahlurne fernbleiben, wie es bei den letzten Wahlen der Fall war, wo das Heer der Nichtwähler von 10 Millionen die stärkste Partei darstellte. Kritik zu üben und dann, wenn es darauf ankomme, nicht positiv mitzuarbeiten, sei gegenstandslos. Wer seine Pflicht nicht erfüllt, verfallt das Bild des Volkswillens. Die Erkenntnis der ungeheuren Wichtigkeit gerade des bevorstehenden Wahlganges werde nach Meinung des Kanzlers den hinter der Regierung stehenden Parteien einen beträchtlichen Zugang aus dem Heer der Nichtwähler verschaffen.

Der Kanzler wies dann auf die bisher von der jetzigen Regierung geleistete politische Arbeit hin. Sie habe alle die Probleme angepackt, die in früheren Zeiten keine Lösung fanden, weil man sich nur ungern an unpopuläre Maßnahmen heranwagte. Das deutsche Volk habe aber ein Recht darauf, die Wahrheit zu wissen, da es reif genug sei, zu erfahren, wo Mängel sind und wie sie beseitigt werden können.

Die qualvolle Sorge früherer Monate, ob die Verpflichtungen des Staates am Ende eines Monats überhaupt noch erfüllt werden können, befehle nicht mehr. Die Regierung habe Ordnung in die Staatsfinanzen gebracht, die es dem kommenden Reichstag ermöglichen, die Reformvorschlüsse der Regierung in Ruhe durchzuberaten.

Durch ein großzügiges Programm, dessen Durchführung im besten Gange sei, sei dem schwerelenden Osten wirtschaftliche Hilfe geboten worden. Die Regierung habe eine sparsame Haushaltsgestaltung in die Tat umgesetzt, die im kommenden Haushalt 1931 eine weitere Erparnis von über 300 Millionen erbringen soll. Mit all diesen Maßnahmen sei der Gelasstheit gehalten und das Vertrauen im Auslande in die deutsche Wirtschaft und zur deutschen Arbeit sei gestärkt worden. Solche Maßnahmen lege in der Hand des Wählers und die erste Voraussetzung gesunder Verhältnisse in Staat und Wirtschaft. Wenn früher viele der Wahlurnen fern geblieben seien, so erkläre sich das wohl daraus, daß zu viele Verprechungen lediglich Vorworte für den Wahltag waren. Die jetzige Regierung habe nichts Unmögliches versprochen, aber Wege in die nahe Zukunft gewiesen. Ob die Regierung ihr Programm mit dem kommenden Reichstag werde verwirklichen können, liegt in der Hand des Wählers am 14. September. Der Kanzler vertraut darauf, daß eine große Stunde sein kleines Geschick finden werde. Die Entscheidung gehe um Auflösung und Niedergang oder Geltung und Aufstieg.

Steuerzahler und Wahl.

Morauf es ankommt.

Berlin, 7. September.

Man hat wenigstens vorläufig davon abgesehen, die Wahlpflicht festzusetzen und das Nichtmachen mit einer Strafe zu belegen. Eigentlich erwidert sich das auch, denn tatsächlich wird der Wahlberechtigte, der sein Wahlrecht nicht ausübt, ohnehin schon seine Strafe finden. Die Hauptaufgabe einer verantwortungsbewußten Regierung ist es, die Reichsfinanzen und die deutsche Wirtschaft wieder in Ordnung zu bringen. Sie wird dabei von dem Wähler geleitet sein müssen, die Steuerlasten sich nicht weiter erhöhen zu lassen, sondern, wenn irgendmöglich, sie nach und nach zu senken.

Dieser Aufgabe kann eine Regierung aber nur dann gerecht werden, wenn der Ausfall der Wahl es ihr ermöglicht, ihr Wiederanbau-Programm reiflich durchzuführen. Gelangt das nicht — und diese Gefahr ist um so größer, je geringer die Beteiligung der Steuerzahler an der Reichstagswahl ist —, dann wird es ganz zweifellos zum Ausbruch einer offenen Finanzkrise kommen, deren Behebung auf geordnetem Wege durch planmäßige Maßnahmen nicht mehr möglich sein wird.

Da aber andererseits das Reich, die Länder und die Gemeinden ihren Aufgaben nur dann gerecht werden können, wenn die nötigen Mittel regelmäßig fließen, so wird zwingend nötig, nichts anderes übrig zu lassen, als die bestehenden Steuern zu erhöhen und neue Steuern zu schaffen. Was das bedeutet, das wird sich jeder Steuerzahler, das wird sich jeder Gewerbetreibende, jeder Handwerker, fast jeder Steuerzahler, welchem Berufsstände er auch angehören mag, ohne weiteres selbst ausmalen können.

Der Steuerzahler, der es in der Hand, dieses Anheiß von sich abzuwenden, er braucht nur am 14. September seiner Wahlpflicht zu genügen. Nur er ist es nicht, so darf er sich nicht beklagen, wenn seine Steuerlasten sich absdalt vergrößern.

ist erhoben. Das ist dann die verdiente Strafe für seine Wahlschuldt.

Die Nichtwähler.

In politischen Kreisen Berlin und der Provinz spricht man seit einigen Tagen von Absichten der Reichsregierung, die bisher nur moralische Pflicht zum Wählen auch in eine gesetzliche Pflicht umzuwandeln.

Eine Änderung der Reichsverfassung wäre hierzu nicht erforderlich. Es würden, wenn die Wahlpflicht in Deutschland gesetzlich festgelegt würde, ganz einfach diejenigen, die am Wahltag keinen Stimmzettel abgeben, mit einer empfindlichen Geldstrafe belegt werden, gegebenenfalls in der Form eines Fußslogs zur Einmündener oder dergleichen.

Es ist freilich nicht zu erwarten, daß ein entsprechendes Gesetz noch vor dem 14. September, etwa auf dem Wege über eine Notverordnung, erlassen wird. Wohl aber wird bereits sehr ernsthaft die Nachsicht erbeten, daß auch die Nichtwähler des 14. September schon einen besonders scharfen feierlichen Kontrolle unterworfen werden sollen. Große Zeitungen, die im allgemeinen als gut unterrichtet gelten, wissen zu melden, daß mit entsprechenden Anweisungen an die Finanzämter zu rechnen sei und daß diese aufgefordert werden sollen, die Steuererklärungen solcher Personen, die durch Nichtabgabe von der Wahl einen Mangel an Gewissenhaftigkeit in staatlichen Dingen offenbaren, mit besonderer Strenge in allen Einzelheiten nachzuprüfen.

Kein Schimpfen

ändert deine Lage, Bürgermann,

sondern wählen!

Jeder bürgerliche Wähler muß am

14. September seine Pflicht tun. Er

ist es sich und seinen Kindern schuldig.

Nichtwähler.

1. Nichtwähler sind geschäftlich unfähige Menschen: sie verdienen eine wertvolle Wahlstimme.
2. Nichtwähler sind Dritteiberger im Entscheidungsspiel der Nation.
3. Nichtwähler sollten keinen Führerschaft bekommen dürfen: sie zeigen, daß ihnen das richtige Handeln im entscheidenden Augenblick abgeht.
4. Nichtwähler sind wie Leute in einem brennenden Haus, die sagen: Was geht mich das an!
5. Nichtwähler sind freimüllige Staatsbürger zweiter Klasse.
6. Nichtwähler sind wie schlechte Statistiker: sie haben einen Trumpf in der Hand und spielen ihn nicht aus.
7. Nichtwähler erkennen sich selbst die bürgerlichen Ehrenrechte ab.
8. Nichtwähler sind wie Sportsleute, die am Start schon aufgeben.
9. Nichtwähler sind dümmere als die dümmsten Räuber — die müssen laut Sprichwort wenigstens ihre Wegger fesseln!
10. Nichtwähler haben nur einen Milderungsgrund für sich: sie wissen nicht, was sie mit ihrem Nicht-Lun tun!

Keine innereuropäische Angelegenheit.

Die Vorlesungen über die Paneeuropäische Konferenz. Genf, 7. September.

In den vertraulichen Verhandlungen über die Europäische Konferenz tritt jetzt die Tendenz in den Vordergrund, die gesamte Behandlung der paneeuropäischen Frage dem Völkerverband zu überlassen. Es stehen zurzeit zwei Verfahren zur Ausprache:

1. Stibung eines Ausschusses der Europäischen Konferenz unabhängig vom Völkerverband, der die Paneeuropäische Konferenz als eine innereuropäische Angelegenheit weiter durcharbeiten und vorbereiten soll.

Auf schwankem Grund.

Roman von S. A. B.

20. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.) Es wäre nicht ausgeschlossen, daß der mal tragend eine Unannehmlichkeit begegnet, denn die Arbeiter sind fast durch die Bank rote Patronen, und wenn einer oder der andere wüßte, daß du keine Braut bist, würde dir das durchaus kein Schuß sein, vielleicht im Gegenteil. Arbeiter und Arbeitgeber und was dazwischen liegt, sind nun mal in unserer gottgeordneten neuen Zeit die geborenen Feinde. Wo du verpöblich es mir? „Sa gewiß. Ganz gewiß.“ Sie sagte es heftig, laut und hätte noch lauter reden mögen, um zu überbrücken, was zu ihr selber sprach: er meinte ja seine Worte gar nicht so, wie er sie sagte, er meinte etwas anderes, dachte an etwas ganz anderes.

„Man schlag' ich vor, daß wir die nächste Bromnade beenden. Frische Luft haben wir jetzt wohl alle genug geschöpft.“ ließ sich etwas unwillig Dahlingers Stimme vernehmen. Er hatte eine vorübergehende leere Drochste halten lassen und fand man mit der Gattin daneben. „Sa, ja, für dich ist's auch das beste; du kommst jetzt so bald wie möglich zur Ruhe“, sagte Felix Wagner so ernst zu Edith, daß in ihr wieder die fremde Stimme rante:

„Er ist froh, für heute des Zusammenlebens mit dir entlassen zu sein.“ Und als er ihr dann in den Wagen hineinbalt, ein „Auf Wiedersehen“ über das andere rief und der Braut, als der Kutscher sein Gefährt in Bewegung brachte, noch einmal eine Substanz gawart, redete in ihr die heimliche Stimme immer weiter:

„Wie ist er froh, mit sich allein zu sein.“ Ihr Kopf drückte sich tief in das Wagenpolster hinein. Sie mußte an sich halten, daß es nicht laut aufwachte. Was war denn nur heute mit ihr? Was war denn nur? —

2. Ausschließliche Behandlung der ganzen Frage in Rahmen des Völkerverbandes sowie Einziehung eines Völkerverbandsausschusses, der die paneeuropäische Frage als eine Einzelfrage des Völkerverbandes behandeln soll.

Die europäische Konferenz, die sich durchzuführen scheint, geht dahin, daß die Europäische Konferenz nach der allgemeinen Ausprache die Gesamfrage unmittelbar dem Völkerverband überweist und daß sodann die weitere Behandlung der Frage ausschließlich im Rahmen des Völkerverbandes als eine Völkerverbandsangelegenheit fortzuführen hat, während die ursprüngliche französische Forderung darauf hinausläuft, den französischen Vorschlag als eine innereuropäische Angelegenheit zu behandeln, deren Entscheidung ausschließlich in den Händen der europäischen Mächte liegt. Diese einander gegenüberstehende Auffassung wird für die weitere praktische Behandlung der Frage zweifellos von größter Bedeutung sein.

Der Widerstand der englischen und auch der italienischen Regierung richtet sich gegen die von Brindley gewünschte Methode, offenbar in der Erkenntnis, daß der französische paneeuropäische Vorschlag als ein weiterer Ausbau des französischen europäischen Bündnisystems aufzufassen ist und im wesentlichen den französischen Sicherheitsbedürfnissen und der Stabilisierung der gegenwärtigen europäischen Lage dienen soll. Eine Behandlung im Rahmen des Völkerverbandes würde dagegen einen Einfluß und die Mitwirkung auch der nicht europäischen Mächte an dem Aufbau des ganzen Bündnis erfordern. Die weitere praktische Durcharbeitung des Planes würde jedoch in den Händen des Völkerverbandssekretariats liegen, das sich für den englischen Plan einsetzt.

Notruf Memels nach Genf.

Die Beschwerde gegen Litauen an die Ratsmächte. Memel, 7. September.

Die Beschwerde des Memelgebietes über die Zerstückelung der memellischen Autonomie durch die litauische Regierung ist nunmehr nach Genf abgegangen. In demselben Brief soll dort den einseitigen zur Zerstückelung veranlassenden Abschnitten der Ratsmächte zugestimmt werden. Jede Ratsmacht hat das Recht, Verletzungen der Memelautonomie vor dem Rat zur Sprache zu bringen. Die Beschwerde ist ein umfangreiches Schriftstück, in dem in eindringlicher Form die Entziehung des Memelgebietes geschildert und unter Hinweis auf den Ernst der Lage die Abstellung der litauischen Rechtsbrüche durch den Rat gefordert wird.

In Memel erwartet man, daß die deutsche Völkerverbandsabordnung die Beschwerde entsprechend der Forderung der zuständigen Behörden des Völkerverbandes zur Sprache bringen und energisch verteidigen wird. Da weitere Verhandlungen zwischen Litauen und Deutschland über die Memelfrage infolge des herausfordernden Verhaltens der litauischen Regierung völlig zweifellos erscheinen, erblickt man in der Aufstellung der Memelfrage in Genf die einzige Möglichkeit, der Willkür Litauens im Memelgebiet ein Ende zu bereiten.

Die Entscheidung des Völkerverbandes ist umso dringlicher, als die vom litauischen Gouverneur eingeleitete Diktatorregierung bereits mit der Durchführung der angelegentlichsten Einreisemaßnahmen begonnen hat. Zunächst soll der memellische Beamtenapparat durch Entlassung aller derjenigen Beamten, die nicht die litauische Sprache beherrschen, zerlegt werden. Weiter ist es schon jetzt beabsichtigt, die reichsdeutschen Lehrer zu entlassen und durch litauische ersetzt zu werden. Die litauischen Beamten sind weiter zur Zeit fast ausnahmslos ungenügend, hoffen, daß der Völkerverband ihnen schnellstens eingreifen und von Litauen die strikte Einhaltung der Memelforderung fordern wird.

Eine neue Herausforderung.

Saarregierung verbietet das Tragen der Reichswehruniformen. Saarbrücken, 7. September.

Wie die „Saarbrücker Zeitung“ erfahren haben will, hat die Regierungskommission eine Verfügung erlassen, die das Tragen der Reichswehruniform im Saargebiet untersagt. Wie jetzt ist diese Verfügung aber noch nicht an die Öffentlichkeit gelangt. Die Ableitung des Urnens soll angewiesen worden sein, das Tragen der Reichswehruniform im Saargebiet zu verhindern.

Es ist nicht ganz klar, mit welchem Recht die Regierungskommission eine solche einseitige Verfügung erlassen kann. Wenn sie schon das Tragen der Reichswehruniform

verbieten will, muß sie selbstverständlich auch eine Verfügung herausgeben, die gleichzeitig auf die sich im Saargebiet aufhaltenden Truppen französischer Truppenteile anwendbar ist.

Die Front gegen Deutschland.

Beginn der großen französischen Manöver in Lothringen. Paris, 6. September.

Die großen französischen Manöver in Lothringen haben begonnen. Der Manöverplan ist so gewährt worden, daß er etwa der Lage entspricht, die sich bei einem deutschen Angriff nach französischer Auffassung ergeben würde.

Es wird angenommen, daß auf der Linie Bitburg-Trier — Saarbrücken seit mehreren Tagen eine heftige Schlacht wütet. Die blaue Armee, die sich im Oberfeld zusammengehangen hat, verliert den roten in die Flanke zu fallen. Alle verfügbaren Streitkräfte der roten werden nun in der Gegend von Metz-Corfontaines-Nancy zusammengezogen. Sie sollen ein eigenes Armeekorps bilden und auf schnellstem Wege nach Süden geschickt werden, um dort den rechten Flügel zu verstärken.

Man will bei dieser Gelegenheit gleichzeitig die Aufgabe studieren, die in einer derartigen Lage der Kavallerie zu fallen könnte. 8000 Mann Kavallerie sind zu diesem Zweck zusammengezogen worden. Im Verein mit 5000 Raupenautomobilen, Lastkraftwagen und Maschinen-gespannautomobilen, sowie 400 Gepanzen will man die Möglichkeit prüfen, die sich bei der gemeinsamen Verwendung der in ihrer Schnelligkeit so verschiedenen Truppengattungen ergeben.

Sensation in Budapest.

Am „Roten Tag“ sollte Sowjetuntern proklamiert werden. Budapest, 7. September.

Ans Anlaß der Unruhen in Budapest am „Roten Tag“ wurde festgestellt, daß ein großer Budapest Arbeiterklub, mit Namen Fides, der allgemein als reicher Mann bekannt ist, Verbindungen mit den kommunistischen Verbänden unterhalten hat und sie auch finanziell unterstützte. Er wurde zur Polizei gebracht und dort einem Verhör unterzogen, wobei er das Geständnis ablegte, daß er im vorigen Jahre von der Moskauer kommunistischen Zentrale dazu aufgefordert wurde, die kommunistische Zellenorganisation in Ungarn auszubauen. Fides sagte, daß die Arbeiterklub mit Waffen versehen und am „Roten Tag“ die Sowjetrepublik auszurufen wollte.

Wie er erklärte, hätte er dies auch ausführen können, wenn seine Absichten nicht rechtzeitig aufgedeckt und die Führer der Bewegung nicht in die Hände der Polizei gefallen wären. Fides erklärte weiter, daß er mit einer ebenfalls verhafteten Magtatorin, Emma Fint, keine Liebesverbindung hatte, sondern nur die kommunistischen Absichten sei miteinander verbunden hätten. Die Fint wurde von der österreichischen kommunistischen Partei nach Budapest geschickt, um Fides beizubringen zu können. In der Wohnung Fides' wurde ein schriftlicher Brief des Roms, dem Genesenen ungarischen roten Diktator, gefunden, in dem ihm seine volle Anerkennung für die guten Ergebnisse auspricht, die die organisatorische Arbeit Fides' in Ungarn bis jetzt erzielt habe. Außer Fides, Fieskei und Emma Fint wurden in der Nacht noch 21 Personen verhaftet.

Kaiser und „Morgenpost“.

Ein Sensationsprojekt in Moskau. Berlin, 6. September.

Unter großem Andrang begann im großen Schwurgerichtssaal des Allen Kriminalgerichts die Verhandlung in dem unrichtig benannten Projekt, den der frühere Kaiser gegen die „Morgenpost“ angezettelt hatte. Dem Projekt liegt ein Artikel zu Grunde, der am 24. Oktober 1929 mit der Ueberschrift „Das Ueberlieferungsmonopoll Strupp.“ — Stimme Gesellschaftsraube Wilhelm II.“ in der „Morgenpost“ erschienen ist.

Zu Beginn der Verhandlung schlug der Einzelrichter, Amtsgerichtsrat Bies, den Parteien nochmals einen Vergleich vor. Darauf erklärte Rechtsanwält Woch im Namen des Kaisers, daß ein Vergleich nur dann zustande kommen könne, wenn die „Morgenpost“ auf der ganzen Linie zurückgehe. Demgegenüber erklärte der Verteidiger des Ueberschreibers Menzel, Justizrat Mamroth, daß sie an sich zu die Arbeitsstätte fliegen, dann schwenkte er auf dem Absatz herum und ging zu der kleinen Bude hinüber, in der ein Art Court erköhrt war, wo der Bolter seine Besuche machte. Er trat ein, klebte sich an dem auf dem Boden liegenden H — wenn er den mal auf irgend eine Saumleichtigkeit entlassen könnte! Aber das gab's natürlich nicht bei einem, der in allen Etiden „nach Pflicht und Gewissen“ vorging.

Er ließ einen klaren Nacher aus, ging zu dem alten Tisch hinüber und beugte sich über das aufgeschlagene Entgegenbuch. Hatte der Keri eine Handchrift! Wie Steinmetz waren die einzelnen Buchstaben. Aber die Schrift selbst war merkwürdig klar, fast schön zu nennen. Er ließ das Buch zurück, aber zur Tür hinüber. Sollte er hier warten, bis der andere kam, oder sollte er ihn auf dem Bau luden? Sueden — er hatte doch eigentlich nichts Besonderes mit ihm zu besprechen. Aber vielleicht hatte Ernst Janien ihm selber eine Mitteilung zu machen. Seine Finger trommelten auf der Zischplatte herum.

Dröben tat die Tür sich auf, und Janien kam herein. Er sagte, als er den Anmeldebau sah, griff an die Wände und sagte: „Guten Morgen.“

„N Morgen, Janien. Eiliges Wetter heute. Und hier müßte eigentlich ein Ofen sein.“

Käpman wußte selbst nicht, wie er ant den gemächlichen Ton verfiel. Den anderen jedoch sehr, damit er nicht aus Unachtsamkeit würde, wenn er vielleicht wirklich irgend eine Mitteilung in Bereitschaft hielt? Sein Gesicht wurde auf einmal starr und hochmütig, als wolle er die vorige Freundlichkeit wieder weit machen.

Der Bolter schien weder das eine, noch das andere zu bemerken und sagte in keinem vorlauten Ton: „Für mich war's nicht nötig. Ich trriere nicht, wenn ich bei der Arbeit bin.“

Er ließ jetzt wirklich wie ein gewöhnlicher Arbeiter aus, sein Aug war dann mit Schweiß bedeckt, als wäre sein Träger Gott weiß wo herumgetrodert. (Fortsetzung folgt.)

Eine neue Art, Steuern zu beschließen

Triptis. In der Bürgerstadt herrscht hartes Befremden darüber, daß der Stadtorfand die Biersteuererhebungen beauftragt, ohne daß eine öffentliche Stadtratssitzung zur Beschlussfassung stattgefunden hat. Statt einer solchen Sitzung ging ein Schuttmann mit einer Abstimmungsliste zu den einzelnen Stadtratmitgliedern, wobei sich allerdings die fast einstimmige Annahme ergab. Da von der Aufsichtsbehörde Einspruch nicht erhoben worden ist, hat die neue Staffellung der Biersteuer Gesetzeskraft ab 1. September erhalten.

III. Beschl. am 30. September 1930

Leipzig. Die Internationale Pelz- und Jagdausstellung Leipzig 1930, III. wird arbeitsmäßig bis zum 30. September 1930 durchgeführt werden, wie das von Anfang an vorgeesehen und vertragsmäßig festgelegt war. Nach Mitteilung der Ausstellungsleitung entsprechen alle gegenläufigen Ausstellungen nicht den Tatsachen. Eine Verlängerung der Ausstellung kommt nicht in Frage.

Zu den übertriebenen Gerüchten über die Geldlage der III. wird weiter mitgeteilt, daß der Bestand der III. durch die allgemeine Sitzungsaktion gesichert ist.

Der wirtschaftspolitische Erfolg der III.

Leipzig. Von unerrichteter Seite werden uns die Nachrichten über die finanziellen Schwierigkeiten der Internationalen Pelz- und Jagdausstellung Leipzig 1930 erneut als stark übertrieben bezeichnet. Danach hat die Ausstellung den eingelegten Etat im allgemeinen durchaus eingehalten. Ein Defizit ist dadurch entstanden, daß die vorausgeschätzten Be-

suchsaffern infolge der ungünstigen wirtschaftlichen Lage und des überwiegend schlechten Wetters in diesem Sommer sich als zu hoch erwiesen haben. Zur Befestigung der dadurch eingetretenen Schwierigkeiten haben sich die hinter der Ausstellung stehenden öffentlichen Körperschaften und das Rauchwarengewerbe zusammengeschlossen.

An diesem Zusammenhang verdienen auch die Gerüchte, die von einem Fiasco der Ausstellung wegen geringen Umsatzes im Verkauf von Pelzen wissen wollen, Zurückweisung, denn die ausgestellten Gegenstände sind nicht zu Verkaufszwecken auf die Ausstellung gebracht worden. Es ist im Gegenteil ein Verkauf von Pelzwaren nur mit besonderer Genehmigung in Ausnahmefällen erlaubt. Der Erfolg der Ausstellung liegt nicht nur in der erneuten Betonung der großen Bedeutung des Leipziger Platzes für den Pelzhandel.

Breslau. Schwerverbrecher gefaßt. Der von der Kölner Kriminalpolizei schon seit längerer Zeit gesuchte Schwerverbrecher Josef Neunzig ist in Breslau endlich gefaßt worden. Neunzig, ein noch längerer Burche aus Köln, soll der Anführer einer weitverbreiteten Raubdiebesbande sein, die in aller Städten des Reiches mit gefohlenen Autos erhöhte Schaufensterdiebstahl und sonstige Einbrüche ausgeführt hat. Neunzig hat es bisher immer wieder verstanden, sich den Zugriff der Polizei zu entziehen.

Bücher- und Zeitschriftenchau.

— Zeitschriftenverzeichnis. Die altbekannte und hochangesehene Monatschrift „Der Tirmer“, die bisher im Verlag von Cremer & Pfeiffer in Stuttgart erschien, ist vom Verlag Gein-

rich Beuten in Berlin SW. 19 erworben und mit dessen „Deutscher Monatsheften“ verschmolzen worden. Die vereinigte Zeitschrift erscheint in erweiterter Umfang unter dem Titel „Der Tirmer — Deutsche Monatshefte“. Herausgeber ist der namhafte Schriftsteller Dr. Friedrich Gafel.

— Der „Säbber Sinkende Bot“ tritt zum 131. Male seine Reihe an. Seine alte, frische Gemaltheit wird ihm freudig begegnen, und manch neuer Freund wird ihm Einlaß gemögen. Dem wieder erzählt der „Sinkende“ in dem schlichten, volkstümlichen Ton, durch den er von Anfang an gefestigt hat, von den Weltereignissen. Auch die vielbegehrte Stanbreibe ist wieder da. Singa kommen, durch mitfame Bilder unterföhrt, viele ernste und heitere Erzählungen aus der Feder von namhaften Schriftstellern wie Max Bittich, Anna Schieber, Fritz Müller-Bortentrichen, Auguste Supper, Alice Berend, E. Stern usw. Kapitänleutnant Dreißhaupt ist mit einer ausgedehnten und spannend geschriebenen Schilderung der „Weltfahrt des Graf Zepolins“, an der er teilgenommen hat, versehen. Verschiedene noch nicht veröffentlichte Bilder sind diesem wertvollen Aufsatz beigegeben. — Der „Sinkende“ wird wieder, wie immer, in neuen streifen Segen spenden und allen Freude bereiten. Er erscheint im Verlage von Worig Schauenburg & Co., Jahr in Baden und kostet gehobelt 70 Pfg., die große Ausgabe in Bindung gebunden RM. 1,50.

Christliche Gemeinschaft innerhalb d. Landeskirche
Dienstag abends 8 Uhr
im Bürgeraal
Bibelstunde
im Prediger Weitemann-Wittenberg.

Hierzu wird herzlich eingeladen.



Jungens von heute

verlangen vor allem eine praktische, zweckmäßige Kleidung. Nicht genug können wir Ihnen den Kauf der flotten

Bleyle-Kleidung

empfehlen, sei es für die Schule, zum Sport oder Spiel. Bleyle-Anzüge sind unerreicht in Güte, Sitz und Haltbarkeit.

Wilhelm Weydanz

Verlangen Sie bitte den Bleyle-Katalog.

Prima junges fettes Rind- und Hammelfleisch frische Flecke

empfeht **Richard Krausemann Nachf.**
Inb. Heinrich Schneider

Frishes Rind- und Hammelfleisch

empfeht **Ernst Bachmann**

Dienstag früh frischen Schellfisch Fischfilet

ohne Haut und Gräten

ff. Bücklinge

Paul Mierzhafte

Ia. Tomaten Grüne Bohnen

alle **Aoharten Gurken, Möhren Zwiebeln**

billigt bei **Gärtner H. Leue**

Birnen

gibt billig ab **Klabes, Weinberge**

Brennholz

wird laufend preiswert abgegeben **Abbruchstelle Wittenberger Str. 40**

Rechtsrat

Prozeßsachen (Amts- u. Landgericht) Kaufverträge, Testamente, Steuerachen (Einkommensteuer) **K. Lehmann, Gerichtsreferendar a. d. und öffentl. angeht. Vertreter Weinbergstraße 8**

Zughund

entlaufen. Wiederbringer erhält Belohnung **Sünde, Reuden Junger**

Zughund

zugelaufen. Gegen Erstattung der Unkosten abzuholen bei **Franz Wittig, Anhalterstr. Suche für sofort ein fleißiges junges**

Mädchen

Hotel Blauer Hecht

Hotel Blauer Hecht

Vorranzeige!

Sonntag, den 14. Sept. **Erntefest.**

Deutsche Volksgenossen!

Hindenburg ruft Euch zu Deutschlands Rettung auf! Hört auf den selbstlosen großen Führer in Krieg und Frieden und nicht auf phrasengehüllene Verschwörung und verantwortungslose Wehezung!

Deutsche, erwacht zur verantwortungsbewußten, sinnvollen Tat! Eine Viertelstunde für den ehrwürdigen Mann, der viele Jahre für Euch durchgemacht! Wählt die Hindenburgfront!

Wählt Liste 5
Deutsche Volkspartei

(Dr. Cremer, Schmidchen, Erdroth, Frau Witzholz, Barthel)

Volk und Reich in Gefahr.

Leber dieses Thema spricht

Heute Montag, den 8. September,

abends 8 Uhr in Remberg, Gasthaus Weintraube

Stadtverordnetenvorsteher Gohlke-Eisleben.

Die staatsbeherrschende Bevölkerung ist zur dieser Wahloberammlung herzlich eingeladen.

Deutsche Volkspartei

Liste 5

Mit frischem Mut zu frischer Tat

Liste 6

Liste 6 Die Staatspartei

erneut den Staat!

Motorport-Gemeinschaft Fläming-Aue

Am Sonntag, den 14. September

1. Großes Gautreffen

Nachmittags und abends

Sportliche Veranstaltungen

und **Festball im Schützenhaus**

Alles Nähere **Mittwoch und Freitag.**



Unblutig

werden Ihre Höhrneraugen beseligt, wenn Sie das echte, hundertmillionenfach bewährte

Kukirol

Pflaster anwenden. Kukirol hilft schnell und sicher.

1 Original-Packung Kukirol-Pflaster kostet 85 Pfg. 1 Kleine Packung zur Behandlung von 10 Höhrneraugen ausreichend, 50 Pfg. In Apotheken und Drogerien erhältlich. Bei Nichterfolg erhalten Sie Ihr Geld zurück!

Kukirol-Hauptverkaufsstelle: Löwen-Apotheke

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: Landmanns Sonntagsglatt und „Illustriertes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatslich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streik etc. entfällt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenweise Preiskategorie oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltenweise Reklameseite 40 Pfg., Ausnahmestück 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederberge unbedeutlich geschrieben oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M., das Laubend, auszüglich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg,

das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 105

Dienstag, den 9. September 1930

32. Jahrg.

Sonntag, den 14. September, von 8 bis 17 Uhr finden im Bürgeraal die

Reichstagswahlen

statt. Dem Wahlortstande gehören an: Bürgermeister Dieze als Vorsitzender, Beigeordneter Kolbe als stellv. Vorsitzender, Sagerfalter Nischke als Schriftführer, Geprer Kubwig, Landwirt Bruno Hepler, Arbeiter in Heim Dinnike, Landwirt Heigt, Arbeiter Galander, Fischereimeister Puleby, Apotheker Eibe, Rektor Höpfer, Kaufmann Heym, Konrektor Bode, Maschinenist Ebele, Bauunternehmer Knaf, Maurer Karl Reinecke

Die Stimmzettel werden amtlich hergestellt. Jeder Wähler bekommt im Wahlraum einen Wahlumschlag und einen Stimmzettel. Auf dem Stimmzettel sind sämtliche im Wahlkreis zugelassenen Wahlvorschlüsse aufgeführt. Neben jedem Wahlvorschlusse ist ein Kreuz aufgedruckt.

Der Wähler kennzeichnet innerhalb des Kreuzes durch Ankreuzen oder in sonst erkennbarer Weise den Wahlvorschlusse, dem er seine Stimme gibt. Die Stimmzettel werden in den Wahlstellen bereitgehalten.

Im Laufe dieser Woche werden allen Wählern Wahlumschläge ausgehändigt. Sie sind zur Wahl mitzubringen und beim Wahlortstand abzugeben.

Wer am 14. September ersatzberechtigt ist, kann sich bis zum 13. September (mittags) einen Stimmchein ausstellen lassen, der ihn zur Reichstagswahl in einem auswärtigen Stimmbezirk berechtigt.

Kemberg, den 8. September 1930.
138] **Der Wahlortsteher.**
Dieze, Bürgermeister.

Steuern.

Bis Dienstag, den 16. September sind die Staatsgrundvermögenssteuern für den bebauten Grundbesitz, der staatliche Zuschlag hierzu, die Stadtsteuern und die Hauszinssteuern für den Monat September an unsere Kämmererkasse zu zahlen. Für alle später eingehenden Beträge müssen 10 vom Hundert Verzugszinsen erhoben werden.

Kemberg, den 4. September 1930.
139] **Der Magistrat.**

Die Nachreichung der Maße und Gewichte

beginnt am 8. September im Votale von Zemer (Wittenberger Straße 34).

Einzelaussorderungen folgen.
Kemberg, den 6. September 1930.

136] **Die Polizeiverwaltung.**

Herrenfahrrad gefunden

Am 1. September ist in der Neudener Straße ein Herrenfahrrad gefunden worden.

Kemberg, den 6. September 1930.
137] **Die Polizeiverwaltung.**

Mageres Ergebnis.

Die deutsch-russischen Schlichtungsverhandlungen. Die Schwierigkeiten, die sich bei der Durchführung der deutsch-russischen Handelsverträge ergeben haben, haben zu einem Schlichtungsabkommen geführt, in dem es heißt: „Die Schlichtungskommission hat die Aufgabe, den beiden Regierungen eine gerechte und für beide Teile befriedigende Lösung der ihr vorgelegten Fragen vorzuschlagen, insbesondere um etwaigen künftigen Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Seiten in denselben Fragen vorzubeugen.“ Am 7. Juni dieses Jahres ist die Schlichtungskommission in Moskau zusammengetreten. Die deutschen Mitglieder wurden von Herrn von Raumer geführt.

Das Ergebnis der Verhandlungen liegt jetzt den Regierungen vor, die auch über die Befriedigung beschließen werden. Man ist bei der Beurteilung dieser Verhandlungen auf die amtlichen Communiqués und

gegenwärtige Pressemitteilungen angewiesen. Nimmt man alles zusammen, so ergibt sich ein wenig befriedigendes Urteil. In den großen wirtschaftlichen Fragen ist keine Einigung erzielt worden. Das amtliche Communiqué stellt nur fest, daß der Boden für eine Lösung der wirtschaftlichen Probleme im Rahmen späterer Verhandlungen vorbereitet wurde. Man kann sich nach dieser Andeutung ungefähr ein Bild davon machen, mit welcher Energie in Moskau um diese Dinge gekämpft worden ist und wie wenig aussichtsreich künftige Verhandlungen sind.

Die deutsche Delegation hat nicht etwa um grundsätzliche Fragen, sondern nur um die Befestigung geschäftlicher Methoden gekämpft, die unfair sind und die unerlässliche Vertrauensgrundlage des internationalen Geschäftes erschüttern. Der „Deutsche Außenhandel“ schreibt hierzu: Die deutsche Regierung, auf deren Initiative die Aufnahme dieser ersten Schlichtungsverhandlungen zurückgeht, hat sich stets bemüht, dem Grundgesetz treu zu bleiben, das Schlichtungsverhandlungen sich nur dann vornehmen, wenn grundsätzliche Fragen zu Klären sind. Dabei darf nicht übersehen werden, wie schwierig es ist, aus der Fülle des Besprechungsmaterials das herauszugreifen, was zwischen den beiden Regierungen behandelt und nicht eine unmittelbare Regelung



tragswertes vom Jahre 1925 waren sie noch nicht laut geworden und konnten sich auf die Fassung der Verträge daher noch nicht auswirken. Sie haben aber die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen in den letzten Jahren und Monaten beschattet und es scheint so, als wenn es nicht gelungen ist, ihre Wurzel in den Schlichtungsverhandlungen zu beseitigen.

Zu begrüßen ist, daß wenigstens in bezug auf die deutschen Kolonialverhandlungen und die in Rußland anhängigen bzw. tätigen Reichsdeutschen gewisse Zugeständnisse erzielt worden sind, denn die Sorge um die Erhaltung des Deutschen in Sowjetrußland gehört zu den vornehmsten Aufgaben der deutschen Außenpolitik. Allerdings ist zu bezweifeln, ob diese wichtige Frage zweckmäßigerweise vor der Schlichtungskommission behandelt werden soll, da die jetzigen unzulänglichen Zugeständnisse geeignet sind, eine grundsätzliche Befreiung zu erschweren. Die Zugeständnisse sollen sich im wesentlichen auf eine bessere Behandlung der deutschen Geschäfte in den Kollektivierungsgebieten betreffen. Alles in allem ist demnach das Ergebnis der Moskauer Besprechungen nicht weniger als befriedigend.

Wünschenswert wäre es besser gewesen, wenn die Verhandlungen überhaupt unterbleiben würden. Die gegenwärtige Lage ist in der gesamten Welt, die auch auf die deutsche Industrie übergriff, hat viel dazu beigetragen, diesen Besprechungen eine besondere Wichtigkeit und Dringlichkeit zu verleihen. Wir müssen nicht, wie lange diese Abklärung, die den Sowjetmarkt selbstverständlich noch wertvoller macht als früher, anbauern wird. Ihr Ausgang läßt sich in keiner Weise voraussagen.

Die Bedeutung des 14. September.

Reichskanzler Dr. Brüning's Erwartungen.

Berlin, 6. September.

Reichskanzler Dr. Brüning nahm in einer Unterredung mit einem Pressevertreter zu einer Reihe mit dem Wahlkampf zusammenhängender Fragen Stellung. Er sieht mit einiger Zuversicht dem 14. September entgegen, da er der Überzeugung ist, daß ein Volk, das zwölf Jahre bitterste Not ertragen und nicht verzweifelt hat, an dem Tage nicht versagen werde, an dem es herauf ist, seine Zukunft zu sichern. Voraussetzung sei, daß alle ihre Pflichten tun.

Es dürften nicht Millionen Deutscher befehle stehen und der Wahlraum fernbleiben, wie es bei den letzten Wahlen der Fall war, wo das Heer der Nichtwähler von 10 Millionen die stärkste Partei darstellte. Kritik zu üben und dann, wenn es darauf ankomme, nicht positiv mitzuarbeiten, sei gemeinlos. Wer seine Pflicht nicht erfüllt, verläßt das Bild des Volkswillens. Die Erkenntnis der ungeheuren Wichtigkeit gerade des bevorstehenden Wahltages werde nach Meinung des Kanzlers den hinter der Regierung stehenden Parteien einen beträchtlichen Zugang aus dem Heer der Nichtwähler verschaffen.

Der Kanzler wies dann auf die bisher von der jetzigen Regierung geleistete positive Arbeit hin. Sie habe alle die Probleme angepaßt, die in früheren Zeiten keine Lösung fanden, weil man sich nur ungern an unpopuläre Maßnahmen heranzuwagen. Das deutsche Volk habe aber ein Recht darauf, die Wahrheit zu wissen, da es reif genug sei, zu erfahren, wo Mißstände sind und wie sie beseitigt werden können.

Die qualvolle Sorge früherer Monate, ob die Verpflichtungen des Staates am Ende eines Monats überhaupt noch erfüllt werden können, bestehe nicht mehr. Die Regierung habe Ordnung in die Staatsfinanzen gebracht, die es dem kommenden Reichstag ermöglichen, die Reformvorschlüsse der Regierung in Ruhe durchzuberaten.

Durch ein großzügiges Programm, dessen Durchführung im besten Gange sei, sei dem schwerleidenden Osten wirtschaftliche Hilfe geboten worden. Die Regierung habe eine sparsame Haushaltsgestaltung in die Tat umgesetzt, die im kommenden Haushalt 1931 eine weitere Ersparnis von über 300 Millionen erbringen soll. Mit all diesen Maßnahmen sei der Gesamtheit geholfen und das Vertrauen im Auslande in die deutsche Wirtschaft und zur deutschen Arbeit sei gestärkt worden. Solche Maßnahmen seien die beste Grundlage und die erste Voraussetzung gesunder Verhältnisse in Staat und Wirtschaft. Wenn früher viele der Wähler fern geblieben seien, so erkläre sich das wohl daraus, daß zu viele Verprechungen lebendigem Nothilfe für den Wahltag waren. Die jetzige Regierung habe nichts Unmögliches versprochen, aber Wege in die nahe Zukunft gewiesen. Ob die Regierung ihr Programm mit dem kommenden Reichstag werde verwirklichen können, liege in der Hand des Wählers am 14. September. Der Kanzler vertraut darauf, daß eine große Stunde kein festes Geschick finden werde. Die Entscheidung gehe um Auflösung und Niedergang oder Befundung und Aufstieg.

Steuerzahler und Wahl.

Worauf es ankommt.

Berlin, 7. September.

Man hat wenigstens vorläufig davon abgesehen, die Wahlpflicht festzusetzen und das Nichtwählen mit einer Strafe zu belegen. Eigentlich erbringt sich das auch, denn tatsächlich wird der Wahlberechtigte, der sein Wahlrecht nicht ausübt, ohnehin schon seine Strafe finden. Die Hauptaufgabe einer verantwortungsbehafteten Regierung ist es, die Reichsfinanzen und die deutsche Wirtschaft wieder in Ordnung zu bringen. Sie wird dabei von dem Wähler geleistet sein müssen, die Steuerlasten sich nicht weiter erhöhen zu lassen, sondern, wenn irgendmöglich, sie auch und nach zu senken.

Dieser Aufgabe kann eine Regierung aber nur dann gerecht werden, wenn der Ausfall der Wahl es ihr ermöglicht, ihr Wiederaufbau-Programm reiflos durchzuführen. Gelingt das nicht — und diese Gefahr ist um so größer, je geringer die Beteiligung der Steuerzahler an der Reichsgesamtheit ist —, dann wird es ganz zweifellos zum Ausbruch einer offenen Finanzkrise kommen, deren Behebung auf geordnetem Wege durch planmäßige Maßnahmen nicht mehr möglich sein wird.

Da aber andererseits das Reich, die Länder und die Gemeinden ihren Aufgaben nur dann gerecht werden können, wenn die nötigen Mittel regelmäßig fließen, so wird mangels dieser Mittel anderes übrig bleiben, als die bestehenden Steuern zu erhöhen und neue Steuern zu schaffen. Was das bedeutet, das wird sich jeder Steuerzahler, das wird sich jeder Gewerbetreibende, jeder Handwerker, jeder Steuerzahler, welchem Berufsstand er auch angehören mag, ohne weiteres selbst ausmalen können.

Der Steuerzahler hat es in der Hand, dieses Unheil von sich abzuwenden, er braucht nur am 14. September seiner Wahlpflicht zu genügen. Tut er es nicht, so darf er sich nicht beklagen, wenn seine Steuerlasten sich alsbald unerträglich